

In meinem Tageskommentar vom
Montag schrieb ich:

10. Dezember 2012

Guten Morgen, liebe Friedensnobelpreisträgerinnen und -träger

Heute erhält die EU den Friedensnobelpreis.

Van Rompuy, der Ratspräsident und Barroso der Kommissionspräsident dürfen heute die Urkunde entgegennehmen.

Martin Schulz, Präsident des Europäischen Parlaments, erhält die Medaille des Friedensnobelpreises, wie er meint, stellvertretend für 500 Millionen Menschen in 27 Staaten. Er sprach vorsorglich nicht von 500 Millionen Europäerinnen und Europäern, vermutlich weil er das Ergebnis einer frischen Studie kennt, in der es heißt, dass sich die Europäer nicht primär als Europäer fühlen, sondern die Franzosen als Franzosen, die Italiener als Italiener, die Polen als Polen und so weiter.

Dass man in Oslo auf die Idee gekommen ist, die EU mit dem Friedensnobelpreis zu bedenken, obwohl - oder gerade weil - sie sich in einem schlechten Zustand befindet, ist zunächst einmal ein Beleg dafür, dass auf dieser Welt niemand zu finden war, der des Friedensnobelpreises für würdiger erachtet wurde, als diese EU.

Diese EU, die längst begonnen hat, die einst reine Wirtschaftsgemeinschaft in einen Wirtschafts- und Militärpakt umzuwandeln, die eigene Eingreiftruppen bereit hält, ihre Außengrenzen gegen Flüchtlinge mit einer eigenen Truppe robust absichert, die es für richtig hält, ihre Interessen weltweit auch mit Waffengewalt zu sichern und sich dafür den Aufrüstungszwang in den Vertrag geschrieben hat, so wie sie sich auch Vollmachten für die militärische Niederschlagung von Aufständen im Inneren gegeben hat.

Der tapfere Martin Schulz, Präsident des Parlaments, das sich die Kommission hält, ohne dass dieses Parlament auch nur das Recht hätte, eigene Gesetzesinitiativen einzubringen, verteidigt mit seiner Präsenz den Schein der Demokratie, den die EU nach Kräften zu wahren sucht, während sie gleichzeitig mit Institutionen wie dem ESM die Reste von Demokratie in den Mitgliedsstaaten aushebelt und die Situation jener 500 Millionen Menschen, die ohne dem zugestimmt zu haben, von der EU vereinnahmt und durch Brüsseler Gesetze und Verordnungen von den eigenen Rechts- und Wertesystemen mehr und mehr abgeschnitten werden, durch eine teuflische Spirale von Spardiktaten immer weiter verschlechtert wird.

Geschichte wiederholt sich.

Frankreich, 1781

Den Staatsausgaben von 620 Millionen Livres stehen Einnahmen von lediglich 503 Millionen gegenüber. Die Hälfte der Ausgaben entfällt auf Zins und Tilgung für die Staatsschulden. Ein Viertel verschlingt das Militär.

Das Steueraufkommen wird zum überwiegenden Teil aus der Besteuerung der Bauern generiert, während die ersten Stände, der Adel und der Klerus von direkten Steuern befreit sind. Die Steuereintreibung ist privatisiert, so wie 230 Jahre später in Deutschland die Eintreibung der Lkw-Maut ein lukratives Privatgeschäft sein wird. '

Die obersten Gerichte befinden sich fest in der Hand des "käuflichen" Amtsadels und verweigern sich jeglicher Gesetzgebung, die an ihre Pfründen rührt.

Kein Wunder, dass das Land von Teuerung heimgesucht wird. Die Bauern, durch eine Missernte dem völligen Ruin nahe, das restliche Volk am Verhungern - und die Speicher der (Nahrungsmittel-) Spekulanten, damals die weltlichen und geistlichen Grundherren, renditeträchtig wohlgefüllt. Der Brotpreis - Hauptnahrungsmittel der Nichtprivilegierten - stieg auf das Dreifache, ein städtischer Handwerker hatte die Hälfte seines Einkommens alleine für Brot aufzuwenden.

Jean-Jacques Rousseau, den die Missstände empörten, legte einer "großen Prinzessin" den arroganten Satz in den Mund: "Wenn die Bauern kein Brot haben, so mögen sie doch einfach Kuchen essen".

1789 beginnt mit dem Sturm auf die Bastille die zehn Jahre währende, blutige Phase der französischen Revolution.

Es gab damals noch keinen Friedensnobelpreis.

So ist uns wenigstens Ludwig XVI. als Nobelpreisträger erspart geblieben.